

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt.

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 12 Mk. 48 Pfg., in Altensteig 12 Mk. Anzeigenpreis: Die 1spaltige Zeile oder deren Raum 50 Pfg., die Reklamzeile 1 Mk. 50 Pfg., Mindestbetrag eines Auftrags 2 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt festzulegen.

Nr. 65.

Altensteig, Samstag den 19. März.

Jahrgang 1921.

Zur Lage.

Lloyd George — leider muß man den Uebelstand über die abgelaufene Woche wieder mit diesem Herrn beginnen — hat sich berufen gefühlt, einen Pariser Zeitungsmann, den Vertreter des „Petit Parisien“, zu sich kommen zu lassen, um durch ihn den Deutschen zu sagen, wie jämmerlich sie mit ihren „Staatsmännern“ daran seien. Das deutsche Volk, meinte Herr Lloyd George, habe ja mancherlei Gaben, aber seine Staatsmänner seit dem Krieg taugen nichts. Wenn Deutschland Staatsmänner hätte, so wäre der politische Verkehr mit ihm besser und leichter, aber es habe keinen einzigen, der zu Führung befähigt sei und das Volk begeistern könne. Der Reichsminister Simons sei ja ein ganz netter Mensch, aber alles nur kein Staatsmann usw. Es ist etwa Wahres daran. Aber wie kommt Herr Lloyd George dazu, uns deshalb zu schmähern? Ist er vielleicht der Staatsmann „großen Stils“, den er bei uns vermißt? Hat man überhaupt schon einmal einen „Staatsmann“ eines bedeutenderen Staatswesens erlebt, der schwankender gewesen wäre, als Lloyd George? Mit seiner berühmten Rede auf der Londoner Konferenz am 7. März hat er doch allem die Krone aufgesetzt. Freilich, nach dem Zeugnis des deutschen Generals von Seefeld, der als Sachverständiger in der Entwaffnungsfrage (die aber in London gar nicht zur Verhandlung kam) der deutschen Abordnung beigegeben war, machte Lloyd George bei dieser entscheidenden Rede den Eindruck, als ob er nur mit halber Seele dabei sei, als ob er nur im französischen Bann diese schlimmsten Worte ableite, die je auf einer Konferenz gesprochen worden sind. Frankreich soll sich wegen dieses Zeugnisses bereits in Berlin über General v. Seefeld beschwert haben. Der große Staatsmann verriet Lloyd George auch nicht, als er am 17. März dem Unterhaus zu dessen großer Rede über den Rücktritt des Schatzministers Bonar Law verhandelte. Bonar Law, der Führer der unionistischen Partei, war die Hauptstütze Lloyd Georges gewesen und dessen Abgang ist der Anfang von seinem Ende. Gebrochen hat Lloyd George nach der Verhängung des Rücktrittserlasses auf seinen Sessel und verließ nach wenigen Augenblicken das Haus in einer Eile, die an Wilson erinnert, als dieser am 4. März den letzten Gang vom Weißen Haus zum Parlamentspalast antrat.

Christenweise muß man allerdings zugeben, daß den Reichsminister Dr. Simons der „Staatsmann großen Stils“ arg im Stich ließ, als er am 12. März vor dem Reichstag Rede und Antwort stand. Er gab zu, daß er die Anweisungen der Reichsregierung überschritten und die Sachverständigenberichte in London unberücksichtigt gelassen habe, weil er glaube, sein Verhalten nach politischen Gesichtspunkten einrichten zu sollen. Was nützen die „politischen Gründe“, wenn Simons mehr anbot, als geleistet werden konnte! Der Minister ging zu weit, als er sagte, die Feinde haben ihre Forderungen nicht im Siegerübermut, sondern aus wirklicher Not gestellt. Er hatte aber kein Wort dafür, daß diese selben Feinde das verarmte Deutschland völlig auspressen und daß ihre Forderungen von keinem ihrer Länder, auch vom reichsten nicht, nur entfernt aufgebracht werden könnten. Das hätte Dr. Simons aufs schärfste betonen müssen. Die Verhandlungen mit dem Gegner, meinte er weiter, können nicht wieder aufgenommen werden, ehe nicht die Ohrenschalme, die er in London erhalten habe, verjüngt sei. Der Reichstag war platt. Die französische Presse griff die Ohrschalme natürlich mit Hohn und Spott auf und machte die bissigsten Bemerkungen dazu. Und als der Minister auf die Gegenmaßnahmen gegen die „Gewalttaten“ des Verbands zu sprechen kam — die Gesandten in Paris, Brüssel und London waren bereits abberufen, der diplomatische Verkehr also abgebrochen worden, eine Maßnahme, die allerdings wieder rückgängig gemacht wurde — da erklärte er: „Man soll nicht Böses mit Bösem vergelten“. Der Reichstag brach in ein schallendes Gelächter aus. Bedauerlicherweise ließ sich dagegen der Minister die Gelegenheiten entgehen, von der Rednertribüne des Reichstags aus einen feierlichen Protest gegen die erregte Beschuldigung in London einzulegen, daß Deutschland die Verantwortung für den Krieg trage und darum die Strafen des Verbands widerspruchslos hinnehmen müsse. Im vollen Bewußtsein des Ernstes des Lage stand sich aber doch im Reichstag eine überwältigende Mehrheit von 268 gegen 49 Stimmen (Unabhängige und

Kommunisten) zusammen, die die Billigung aussprachen, daß die deutschen Bevollmächtigten in London die Verweigerung der Unterschrift der Unterwerfung vorgezogen haben. Nur so viel hatte Dr. Simons als Vertrauensklärung verlangt. Eine weitergehende Rundgebung, wodurch das Vorgehen des Verbands im Sinn der bekannten Erklärung des Reichslanzlers im Reichstag als Gewalttat hätte hme gekennzeichnet und das Verhalten bei der Ablehnung gebilligt wurde, ist wohl im Einverständnis mit dem Minister, von den onttragstellenden Koalitionsparteien zurückgezogen worden.

Zu der Ueberschreitung des erteilten Richtlinien nahm der Reichstag in der Vertrauensrunde keine Stellung und er tat im gegebenen Augenblick gut daran. Die Reichstagsmehrheit von fast fünf Sechsteln hat nämlich beim Verband unstrittig einen verblüffenden Eindruck gemacht und man war dort sehr ärgerlich. Eben deswegen wäre es aber auch zu wünschen gewesen, daß Dr. Simons im Reichstag noch einige kräftigere Register gezogen hätte. Er hätte es wohl machen können, ohne riskieren zu müssen, daß er sich das „Wohlwollen“ gewisser Herren verschätze. In welcher Verlegenheit die Diktatoren der Londoner Konferenz sich befinden, das sah man deutlich an der wurstlichen Beweisführung, mit der Lloyd George seine berühmte Erfindung der 50prozentigen Einfuhrabgabe auf deutsche Waren im Unterhaus begründete. Er drehte sich und wand sich, als ihm entgegengehalten wurde, daß die Verbandsmitglieder von dieser unsummenmäßigen Maßregel nichts wissen wollen, die nur den eigenen Handel schädige, ohne wahrscheinlich der Industrie viel zu nützen — denn die Deutschen werden schon Wege finden, ihre Waren doch in die Verbandsländer auch ohne Abgabe zu bringen. Lloyd George hatte nur das entgegenzusetzen: wenn die deutsche Reichsregierung den englischen Eingriff in fremde Privatgüter nicht erlegt, so werden die deutschen Händler nichts mehr nach England schicken und wir sind die deutsche Konkurrenz auf einmal los; oder aber, die Regierung zahlt, nun, dann kommen wir ja zu unserem Geld. Das aber die deutschen Geschäftsleute nicht nur nichts mehr nach England verkaufen, sondern dort auch nichts mehr einkaufen werden, das übergeht der „große Staatsmann“ mit Stillschweigen. Um so lauter wird es ihm vom englischen Handel in die Ohren gerufen werden, wenn die „Reparationsbill“ am 31. März in Kraft getreten sein wird. Das Unterhaus hat übrigens dem Gesetz, trotz des Widerspruchs des Ministers Chamberlain, die Einschränkung beigelegt, daß es nur wirksam werde, wenn die Deutschen sonst nicht bezahlen und wenn auch Frankreich, Italien und Belgien ein solches Gesetz erlassen. In Frankreich ist es bereits — ebenfalls mit 50 Prozent Abgabe — der Kammer zugegangen, und an der Annahme ist nicht zu zweifeln, so ernste Bedenken sich auch im Land dagegen erheben; man will sich die Finger verbrennen. In Italien ist man in der Beurteilung der Einfuhrbeschränkung einig; aber Lloyd George, staatsmännisch wie er ist, hat bereits der italienischen Regierung gedroht, er werde den Anteil Italiens an der Kriegsschadigung sperren, wenn sie sich der englischen Politik widersetze. Belgien wird man schon klein kriegen, aber von Japan, da schweigen alle Helden. Der schlaue Japaner denkt: Dummeheiten sind da, um gemacht zu werden; warum soll man die europäischen „Siegerstaaten“ daran hindern! Mit dem freundlichsten Lächeln hörte der japanische Botschafter Hayashi auf der Londoner Konferenz die Lloyd George'sche Erfindung mit an, — nachahmen tut er sie nicht.

Neues vom Sage.

Die Kommunisten gegen Bayern.

Berlin, 18. März. Die „rote Fahne“ tobet in einem Aufruf unter Bezugnahme auf den Widerstand des bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr gegen den Besetzungsbefehl betreffend die Auflösung der Selbstschutzorganisationen der Arbeiter auf, auf das Gesetz zu verzichten und sich Waffen zu verschaffen, wo sie sie finden.

Aus dem besetzten Gebiet.

Saarbrücken, 18. März. Die Regierungskommission beschloß, daß künstig Einkommen von nicht mehr als 5000 Mark steuerfrei bleiben sollen. Bisher waren nur Einkommen von nicht mehr als 900 Mark steuer-

frei. Außerdem soll gegebenenfalls noch ein Abzug von 2000 Mark für geringere Einkommen zugelassen werden. Dabei soll eine bedeutende Ermäßigung der Steuerlast stattfinden. Durch diese Maßnahme wird das im Saargebiet geltende Steuermaß dem im Reich geltenden angenähert werden.

Englische Flottenrüstung.

London, 18. März. Im Unterhaus kam gestern der Marinehaushalt zur Beratung. Archibald Hore brachte folgenden Antrag ein: Angesichts der starken Vermehrung der Seestreitkräfte anderer Mächte ist es notwendig, die Stärke der englischen Kriegsmarine bezüglich der Großkampfschiffe und der Hilfschiffe noch zu erhöhen, damit die britische Marine einen starken Besitz von Schiffen hat, der dem der anderen Staaten mindestens gleichkommt.

Neuer Friedensantrag des Senators Knox.

London, 18. März. Senator Knox wird, wie die „Morning Post“ aus Washington meldet, für seine Person eine neue Entschlieung zur Wiederherstellung des Friedens mit Deutschland einbringen.

Das zweifelhafte Schwert.

Basel, 18. März. Die „Basler Nationalzeitung“ verweist in ihrem Handelsteil darauf, daß, gegen aller Erwartung, seit dem Eintritt der „Sanktionen“ der französische Franken mehr zurückgegangen ist als die deutsche Mark. Die Industrie und die Börsenführer versprechen sich nichts von den Sanktionen und die erwartete Erleichterung der Lage Frankreichs beginnt seitdem mit einer weiteren erheblichen Entwertung des Francs, die bei der großen Auslandsverschuldung Frankreichs Milliarden ausmacht, vermutlich mehr als der ganze Unterschied des ersten Jahres zwischen den französischen Forderungen und dem deutschen Angebot. Noch erschauerlicher ist die ausgesprochene Festigkeit der deutschen Börsen. Es liegt auf der Hand, daß die Sanktionen, erstlich durchgeführt, zum Ruin Deutschlands und damit zu dessen vollkommener Zahlungsunfähigkeit und zur Steigerung der Krise in den verbündeten Ländern führen müßten. Die Börsen glauben aber trotz aller Erklärungen der Staatsmänner nicht an den Erfolg der Sanktionen.

Aus der französischen Kammer.

Paris, 18. März. In der Kammer sagte gestern der Abg. Lion, Finanzminister im Kabinett Clemenceau, wenn die 12prozentige Abgabe auf die deutschen Ausfuhrwaren nicht bei den Neutralen erhoben werde, so werde die Aufgabe der französischen Kaufleute, die ihre Ausfuhr nach diesen Ländern leuen, erschwert.

Ministerpräsident Briand erklärte, das Pariser Abkommen existiere nicht mehr, denn wenn es bestünde, müßte es alle Unterschriften haben, auch die Deutschlands. Man sei also zum Friedensvertrag zurückgekehrt. (Beifall.) Die Entschädigungskommission entscheide in der Festlegung der deutschen Schuld. Sie könne jetzt zu einem Ziel kommen, weil die Einigkeit unter den Verbündeten vorhanden sei. Er habe also recht gehabt, den Friedensvertrag von Versailles mit einem fortgesetzten Verden zu vergleichen. Man müsse aber auch die Schwierigkeiten bedenken. Es gab solche militärischer Art. Auf der Pariser Konferenz habe er die Frage der nationalen Sicherheit Frankreichs zur Sprache gebracht. Die Aufgabe der Uebersiedlungskommission solle schwierig. Es bleibe noch vieles zu tun übrig. Wenn nach Material vorhanden sei, das Deutschland die rasche Fabrication von Kriegsmaterial gestatte, dann müßten Vorkehrungsmaßregeln getroffen werden.

Die Kammer genehmigte mit 491 gegen 70 Stimmen einen Vertrauensantrag für das Ministerium Briand.

Lloyd George bläst zum Sammeln gegen die Arbeiterpartei.

London, 18. März. Lloyd George hielt gestern bei einem politischen Essen in London eine Rede, in der er nachdrücklich für die Beibehaltung einer großen nationalen Partei eintrat. Er erklärte, die Arbeiterpartei bedeute jetzt eine erschreckend große Partei, die die herrschende Partei Englands werden würde, wenn man nicht Schritte tue, die Wähler darüber zu unterrichten, welche Ziele diese Partei sich gesetzt habe. Diese Ziele seien für den Aufbau der Gesellschaft so drohend, daß es irrsinnig wäre, über Nebensächlichkeiten zu streiten. Man

müsse die große Mehrheit des Volks anrufen, die es ablehne, vom Wirbelstrom der Revolution fortgetrieben zu werden. Die Arbeiterpartei wolle die Fortführung der Privatunternehmungen und die Umwandlung der gesamten Mittel der Erzeugung in eine große Staatsmaschine.

Im „Daily Telegraph“ bespricht ein Mitarbeiter die mitmaßlichen Gründe der englischen Regierung für die Unterzeichnung der Handelsabkommens mit Russland. Jeder Kaufmann sei davon überzeugt, daß kein Handel daraus folgen werde, aber wenn die englische Regierung das Handelsabkommen nicht abgeschlossen hätte, würde sie damit der Arbeiterpartei ein mächtiges Werbemittel ausgeliefert haben. Außerdem seien jetzt die Bolschewisten durch das Abkommen gezwungen, ihrer Propaganda für einige Zeit Grenzen zu setzen, (?) da das Abkommen sonst null und nichtig würde. Lloyd George sei der Ansicht, daß, wenn der Handel mit Russland sich nicht entwickle, d. h., wenn die Bolschewisten ihre Propaganda weiterführten, er inslande sei, zu sagen: Ich habe getan, was ich konnte und dann würde die ganze Schuld auf die Sowjetregierung fallen.

Die Besetzung geht weiter.

Mülheim-Ruhr, 18. März. Heute morgen gegen 7 Uhr ist der westliche Teil Mülheims mit dem Bahnhof Speldorf von französischen und belgischen Truppen besetzt worden. Ein Befehl des Kommandeurs der alliierten Truppen wurde angeschlagen, nach dem das Personal sämtlicher Verkehrsanstalten, Eisenbahn, Post, Telegraphen usw. ihm unterstellt ist. Auch der Bahnhof Oberhausen-West und die Schienen in der Gegend des Emscher Kanals wurden besetzt. Die Besetzungen haben vorläufig eine geringe Stärke. Man rechnet mit einer dauernden Besetzung, da die Truppen dort Quartier gemacht haben.

Mainz, 18. März. Das 66. marokkanische Schützenregiment ist in Casablanca (Marokko) nach Marseille eingeschifft worden. Es wird ins besetzte Gebiet gebracht werden.

London, 18. März. Wie die Blätter melden, hat die englische Arbeiterpartei beschlossen, bei der dritten Lesung der deutschen „Reparationsbill“ die Ablehnung des Gesetzes zu beantragen.

Umstellung der amerikanischen Politik.

London, 18. März. Die Absicht der Regierung Hardings, Japan gegenüber entschiedener aufzutreten, als es die Regierung Wilson getan hat, wird in allen Meldungen der englischen Presse aus Amerika bekräftigt. Der Berichterstatter der „Times“ in Washington weiß heute auf den Plan des Kabinetts hin, die gesamte Flotte in den Stillen Ocean zu verlegen. Die Vereinigten Staaten nehmen kein Interesse mehr an der Politik Europas und wenden ihr Gesicht einem lateinischen Amerika und dem Fernen Osten zu. Im Fernen Osten soll mit der nebelhaften Politik aufgeräumt werden, die in dem Abkommen zwischen Lansing und Nishii 1917 ihren Ausdruck gefunden hat. Es ist anzunehmen, daß China demnächst Japan auffordern wird, jene Verträge aufzuheben, die infolge des bekannten japanischen Ultimatus mit den 21 Punkten seinerzeit entstanden sind. Amerika wird die Forderung Chinas kräftig unterstützen.

Reichstag.

Berlin, 17. März.

Bei der Beratung des Haushalts für die Reichshandels- und des Ministeriums des Innern entspannt sich eine Aussprache über die Kriegsschuld. U. a. bemerkt Abg. Müller-Franken (Sag.), die Schuld am Krieg trage das kapitalistische System. Das laßt sich behaupten, daß die deutsche und österreichische Diplomatie habe ferner und gleichzeitig in die Feindschaft Englands und Russlands hineingezogen im Gegensatz zu der bewährten Politik Bismarcks.

Nach unerhörter Aussprache wird der Rest des Haushalts des Reichsministeriums des Innern, des Reichskanzlers und der Reichsanstalten, des Außenministeriums sowie eine Entschädigung angenommen, daß der Hauptstelle für Seemannsdienst ein parlamentarisches Verbot zur Beaufschickung beigegeben werden soll.

Beim Haushalt für das Reichsverkehrsministerium erklärt Minister Gröner: Der Haushalt für 1921 bedeute den Plan für die Wiedergesundung des Eisenbahnwesens, das auf eine kaufmännische Grundlage gestellt werden solle. Der Sinn für Ordnung sei wieder im Wachsen. In der materiellen Fürsorge für das Personal wolle er (der Minister) an der Spitze stehen. Der neu angeforderte technische Staatssekretär werde einen neuen Schwung in die Verwaltung bringen. Die Werkstättenarbeiter haben die Friedensleistungsfähigkeit wieder erreicht. In Polen seien 80 000 deutsche Güterwagen zurückgehalten, Polen mache aber keine Anstalten, sie zurückzugeben. Beschlagnahmen der Wagen auf deutschen Grenzstationen seien durch die Ueberwachungskommission erledigt worden.

Der Haushalt des Ministeriums wird angenommen.

Berlin, 18. März.

In der gestrigen Sitzung wurde noch der Haushalt des Reichspostministeriums in Angriff genommen. Die Aussprache war ohne Belang. Als die Sitzung um 11,10 Uhr geschlossen wurde, waren noch 18 Abgeordnete im Saal.

In der heutigen Sitzung wurden kleinere Anfragen erledigt. Ein Antrag Siebel (S.) auf Fortbestehen der Reichsbeleihungsämter wird gegen die Stimmen der drei sozialdemokratischen Parteien abgelehnt, dagegen ein Antrag Reinkhardt (D.nat. Sp.), wonach die Beleihungsämter nur Herren- und Postleiste Gemeindefunktionen ausühen sollen, mit 159 gegen 118 Stimmen angenommen.

Eine Entschädigung Müller-Franken (S.), wonach die Mutterchaft unerschütterter Post- und Telegraphenbeamten kein Entlassungsgrund mehr sein könne, wird mit 137 gegen 136 Stimmen abgelehnt (Bemerkung.)

Abg. Schiller (D.V.) erklärt: Seine Partei werde bei nächster Gelegenheit den Antrag wiederholen, um eine grundsätzliche Klärung dieser Frage für alle Beamten zu erreichen. (Große Unruhe.)

Bei der 2. Beratung des Reichswehrgesetzes begründet Abg. v. Goltz (D.nat. Sp.) einen Antrag, zu lassen: Wehrmacht des Deutschen Reichs, statt: der Deutschen Republik. Abg. Schöpslin (S.) wendet sich gegen den Antrag.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 19. März 1921.

Palmsontag. Der Palmsontag, mit dessen Feier die christlichen Kirchen die Karwoche einleiten, wird zur Erinnerung an den in allen vier Evangelien erwähnten Einzug Christi in Jerusalem begangen. Der in der katholischen und griechischen Kirche heute noch übliche Brauch der Palmenweihe stammt ursprünglich — und damit auch die Bezeichnung des Palmsontags — aus der christlichen Kirche Jerusalems. Dort wurde der Palmsontag schon im vierten Jahrhundert festlich begangen. In Byzanz (Konstantinopel) pflegten die Kaiser an diesem Tage Goldmünzen auszugeben. Später feuerten sie arme Mädchen an diesem Tage aus. Im Abendland kennt man den Palmsontag seit dem Ende des 7. Jahrhunderts. Auch bei uns bestehen noch zahlreiche Volksgebräuche an diesem Tag.

P. B. Sitzung des Gemeinderats vom 16. März. Anwesend der Vorsitzende und 9 Mitglieder des Gemeinderats. Aus Stiftungs- und hädtischen Mitteln werden auch in diesem Jahre wieder Beiträge zu Konfirmandenkleiden mit je 30 und 50 Mark an Kinderbewilligte bewilligt. Weitere Mitteilungen und Anträge in Anwesenheit werden erledigt. In einer am Montag den 21. März, in Pfalzgrafenweiler stattfindenden Verhandlung der Oberämter Nagold und Freudenstadt in Sachen der Kraftwagenlinie Altensteig-Dornstetten-Freudenstadt werden die bevollmächtigten Vertreter der Stadtgemeinde bestellt. — Ein jüngst stattgehabter Stangenverlauf mit einem Durchschnittserlös von 15%, der Fortsetzung findet Genehmigung. — Einer Anregung zufolge, soll das untere Tor zum neuen Teil des Friedhofs an Sonntagen offen gehalten werden. Bei diesem Anlaß wird bemängelt, daß vielfach Kinder ohne Aufsicht Erwachsener sich im Friedhof aufhalten und durch Abreißen von Blumen und Pflanzen auf den Gräbern Unfug treiben. Abhilfe wird zugesagt. — Der Vorsitzende berichtet noch eingehend über den Stand der Wohnungsverhältnisse in hiesiger Stadt.

Stuttgart, 18. März. (Ein Todesurteil vollziehbar.) Der Staatspräsident hat das Todesurteil des Schwurgerichts Ellwangen gegen den russischen Kriegsgefangenen Josef Delowski bestätigt und für vollziehbar erklärt. Delowski hat am 22. August v. J. den 74-jährigen Schuhmacher Joh. Junginger von Heidenfingen Oß. Heidenheim auf grausamste Weise ermordet und verurteilt. Die Hinrichtung findet in Ellwangen nächster Tage statt.

Arbeitslosenunterstützung. Heute vormittag versammelten sich etwa 800 bis 900 Erwerbslose unter Ansprachen und Gesängen auf dem Marktplatz. Im Rathaus wurde eine Abordnung entsandt. Daraus bildete sich ein Zug in Stärke von etwa 600 Personen, der durch verschiedene Straßen ging und auf dem Marktplatz sich auflöste.

Die stille Woche. Während der Karwoche sind alle Schauspieltage und öffentlichen Lustbarkeiten, sowie Konzerte, mit denen ein Wirtschaft- und Kaffeebetrieb verbunden ist, ferner öffentliche Wettspiele sportlicher Veranstaltungen verboten. Das Verbot gilt auch für Palmsontag und das Ostersfest.

Waiblingen, 18. März. (Wohnungsbaun.) Der Gemeinderat beschloß, sämtlichen Bauzulässigen Gemeindegeldern von 8—12 000 Mk. zu reichen, wenn die Bauten vor dem 1. September d. J. in Angriff genommen werden.

Stuttgart, 18. März. (Lohnbewegung.) Die Schuhmachergehilfen sind gestern in den Ausstand getreten. Die Bäcker- und Konditorgehilfen verlangen den Abschluß eines neuen Tarifs und eine Lohnerhöhung. Die Innung hat eine Vertagung der Verhandlungen bis nach Ostern beantragt.

Wie der „Kommunist“ mitteilt, beabsichtigen die Kommunisten Frau Clara Zetkin für die Wahl zum Stuttgarter Oberbürgermeister als Kandidatin aufzustellen, nachdem der kommunistische Gemeinderat und Abgeordnete Schneid, der zuerst in Aussicht genommen war, von seinen Parteigenossen abgelehnt wurde.

Zuffenhausen, 18. März. (Eine gesunde Kur.) Ein arbeitsloser und vorbestrafter Burche wurde von einem hiesigen Wirt ertappt, als er gerade einen Griff in seine Kasse machte. Der Wirt warf den Kerl aus der Schenke, daß einige Schreien entzwei gingen und verbreitete ihm eine tüchtige Tracht Prügel.

Ludwigsburg, 18. März. (Regimentstag.) Das zu Beginn des Krieges zusammengestellte und im Felde erprobte Reiter- und Feldartillerie-Regiment 64 versammelt am Sonntag, den 8. Mai, eine größere Zusammenkunft in der alten Garnisonstadt Ludwigsburg.

Schweningen, 18. März. (Aus der Uhrenindustrie.) Wie der Verband der Uhrenindustrie mitteilt, sind die Nachrichten über eine günstige Lage der Uhrenindustrie und neue Aufträge aus England nicht zureichend. Die Uhrenindustrie leidet seit Jahresbeginn an einer Absatzlücke, die durch die neue politische Lage eine bedeutende Verschärfung erfahren hat. Verschiedene Fabriken mußten zu Arbeitsverkürzungen schreiten und weitere Verkürzungen stehen bevor.

Schramberg, 18. März. (Arbeitsmangel.) Die Uhrenfabrik Gebr. Jungmans N.-G. sieht sich veranlaßt, wegen Mangels an Arbeit insofern schlechter wirtschaftlicher Lage das Geschäft vom 24. bis 30. März ruhen zu lassen.

Vom Bodensee, 18. März. (Zugend von heute.) Ein Augenzeuge berichtet den „Konstanzer Nachr.“: Gestern fand die Entlassung der Knaben-Fortbildungsschüler statt. Beim Verlassen des Hauses zündeten zwei Schüler ihre Zigaretten an und verbrannten angehängt einer Schär kleinerer Schüler ihre Entlassungspapiere.

Handel und Verkehr.

Eutingen, 18. März. Bei dem stattgefundenen Radel- und Holzverkauf erlöste die Gemeinde Eutingen bei Nord 225,7 % der Lage. Ein Rückgang der Radelholpreise ist unverkennbar, da es sich hier um eine schöne Qualität handelt.

Ludwigsburg, 18. März. (Pferdemarkt.) Die Zufuhr zum Pferdemarkt betrug etwa 1200 Pferde. Preise von 30—35 000 Mk. für ein Pferd waren nichts Seltenes. An 82 Pferdebesitzer wurden Ehrenurkunden und Geschenke im Wert bis zu 300 Mk. verteilt. Die Besucherzahl wird auf 10 000 Personen geschätzt.

Ellwangen, 18. März. (Pferdemarkt.) Dem Pferdemarkt am 16. März waren über 450 Pferde und Fohlen zugeführt. Der Handel entwickelte sich lebhaft. Die Preise sind gegen den letzten Markt etwas zurückgegangen. Einjährige Fohlen kosteten 5000—6000 Mk., zweijährige Fohlen 12 000—16 000 Mk., Gebrauchspferde 8000—15 000 Mk., gute Händlerspferde 25 000 bis 30 000 Mk.

Ulm, 18. März. (Pferdemarkt.) Dem Pferdemarkt waren 432 Pferde zugeführt. Der Handel war schleppend. Die Preise betragen für junge, schmale Pferde 27 000 bis 30 000 Mk., für junge, mittelschwere Pferde 24 000 bis 26 000 Mk., für ältere Pferde 5000 bis 10 000 Mark.

Vöhringen, 18. März. (Pferdemarkt.) Zu dem gestrigen Frühjahrsmarkt hier betrug der Zutrieb etwa 300 Pferde. Die Preise bewegten sich von 2500 bis 25 000 Mk.

Letzte Nachrichten.

WTB. Berlin, 19. März. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, hat der Reichsminister eine Verordnung fertiggestellt über die Umfassung der Kriegsgesellschaften und Kriegsgesellschaften des Reichs. Darin wird die gesetzliche Sprechfrist für diese Organisationen auf drei Monate verkürzt. Mit dem Ablauf der Frist erlöschen alle Forderungen an die Kriegsgesellschaften, wenn sie nicht brieflich oder gerichtlich geltend gemacht worden sind. Die Verordnung verleiht ferner der Reichsregierung die Ermächtigung, Kriegsgesellschaften für aufgelöst und ihre Vermögensgegenstände als auf das Reich übergegangen zu erklären. Das Reichsministerium erwartet, daß mit Hilfe der Verordnung die Kriegsgesellschaften in kürzester Zeit aufgelöst und ihre Geschäfte reiblos abgewickelt sein werden.

WTB. Jansbrunn, 19. März. Mit einer gestern verabschiedeten Kundmachung der Landesregierung wird die Einberufung einer Volksabstimmung angeordnet über die Frage: „Wird der Anschlag an das Deutsche Reich gescheitert?“ Die Volksabstimmung findet am Sonntag, den 24. April, d. J. statt.

WTB. London, 19. März. (Neuer.) Der ausführende Ausschuss der Zweiten Internationale trat gestern in London zusammen und beschloß, eine Sonderkongress des ausführlichen Ausschusses mit Vertretern der Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien der beteiligten Länder vom 31. März bis 2. April in Amsterdam abzuhalten, um die Frage der Reparationen und der Zwangsmaßnahmen zu beraten und von allen Parteien genehmigte Vorschläge zu machen.

WTB. Paris, 18. März. Der König von Schweden ist heute Vormittag in Paris angekommen. Präsident Millerand hat ihm zu Ehren ein Frühstück veranstaltet.

WTB. Kopenhagen, 18. März. Heute trat die von den Arbeitgebern angekündigte Aussperrung in Kraft. Die Aussperrung betrifft 50 000 Arbeiter, vornehmlich der Textil- und Eisenindustrie. Alle Vergleichsverhandlungen sind abgebrochen.

WTB. Paris, 19. März. Der „Temps“ sagt in Besprechung der vorgestrigen Vertrauensunterredung der Kammer, noch den Worten Briand erwarte das französische Volk bald neue Verhandlungen. Frankreich erwarte, daß die neuen Verhandlungen nur den Friedensvertrag von Versailles als Grundlage haben würden, der der einzige Text sei, der augenblicklich die Alliierten binde und in dem die Gesamtheit der Frankreich zurechnenden Rechte umschrieben sei. Frankreich erwarte ferner, daß die neuen Verhandlungen dem französischen Schatz wenigstens die gleiche Summe zuführen, wie sie das nunmehr nicht mehr bestehende Abkommen vom 29. Januar versprochen habe. „Journal des Debats“ vertritt den Standpunkt, man müsse Deutschland den Sinn für seine Niederlage und seine Verpflichtungen nicht nur durch Benachrichtigung, sondern durch Taten beibringen. Wenn man sämtliche Verletzungen in Betracht ziehe, deren sich Deutschland gegen den Vertrag schuldig gemacht habe, dann hätten die Alliierten das Recht, Zwangsmaßnahmen anzuwenden.

Mitmaßliches Wetter.

Allmählich fällt der Hochdruck im Südosten, der bis jetzt allen atlantischen Störungen widerstanden hat, zusammen. Ein neuer großer Luftwirbel zieht im Westen auf. Am Sonntag und Montag ist aber noch vorwiegend trockenes und mildes Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.
Druck und Verlag der W. Ricker'schen Buchdruckerei Altensteig.

Dazu eine Beilage.

Man verfäume nicht

sobald unsere Schwarzwälder Tages-Zeitung für das bevorstehende neue Bezugsvierteljahr zu bestellen.

Amfliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung des Arbeitsministeriums, betr. die Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft vom 27. Juli 1920.

Die Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften ist auch in Württemberg eine anbauern und betrieblidende. Es sollte nicht unterlassen werden, um den Arbeitermangel in der Landwirtschaft so weit wie möglich zu beseitigen. In Folgendem werden deshalb die bestehenden Vorschriften über Arbeitsvermittlung und Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft den beteiligten Kreisen und Behörden erneut in Erinnerung gebracht und entsprechende Weisungen über den Vollzug dieser Vorschriften erlassen.

1. Nach § 1 der Reichsverordnung zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft vom 16. März 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 310) sind die Arbeitgeber in der Landwirtschaft bei Vermehrung einer Gehlstrafe bis zu 3000 Mk. verpflichtet, jede offene Stelle sofort einem nichtgewerbmäßigen Arbeitsnachweis (Arbeitsamt) anzuzeigen, sowie von jeder Befragung der als offen gemeldeten Stellen dem Arbeitsnachweis, bei dem die Anmeldung erfolgt ist, binnen 24 Stunden Mitteilung zu machen. Die Einhaltung dieser Verpflichtung ist zur Feststellung des Bedarfs der Landwirtschaft an Arbeitskräften notwendig und es ist deshalb von den Orts- und Bezirkspolizeibehörden mit viel mehr Nachdruck, als dies je ihrer geschehen ist, darauf zu achten, daß die Verpflichtung eingehalten wird.

2. Nach § 3 der erwähnten Reichsverordnung zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft dürfen Arbeitgeber außerhalb der Land- oder Forstwirtschaft Arbeitskräfte nicht einstellen, die bei Ausbruch des Kriegs oder während desselben in der Land- oder Forstwirtschaft tätig gewesen sind, es sei denn, daß sie für land- oder forstwirtschaftliche Arbeiten nicht mehr tauglich sind. Größter Nachdruck muß darauf gelegt werden, daß die Durchführung dieser Vorschrift nicht nur von den Arbeitsämtern sorgfältig gehandhabt wird, sondern daß auch die Orts- und Polizeibehörden in Fällen der Zuwiderhandlung gegen diese Vorschrift einschreiten und der Staatsanwaltschaft Strafanzeige zu erstatten.

3. Nach § 5 Abs. 2 der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 25. April 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 708) kann von den Demobilisierungsausschüssen den Arbeitgebern auferlegt werden, diejenigen bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer zu entlassen, welche bei Kriegsbeginn oder später als Arbeiter in einem land- oder forstwirtschaftlichen Haupt- oder Nebenbetrieb, als Bergarbeiter oder als Gesinde berufsmäßig tätig waren. Die Entlassungspflicht kann nicht angeordnet werden für die eigenen Angehörigen des Arbeitgebers, für Arbeiter, die bereits in einem land- oder forstwirtschaftlichen Haupt- oder Nebenbetrieb beschäftigt sind, für Bergarbeiter und für das Gesinde.

Die Demobilisierungsausschüsse werden dringend aufgefordert, in allen in Betracht kommenden Fällen die Entlassung von Arbeitern der bezeichneten Art zum nächst zulässigen Zeitpunkt zu veranlassen und im Nachhinein, falls gegen den Betriebshaber oder seinen verantwortlichen Stellvertreter Strafanzeige zu erstatten.

4. Es ist darauf hinzuwirken und von den Erwerbslosenfürsorgeausschüssen zu beachten, daß nicht Personen, die früher als landwirtschaftliche Berufsarbeiter tätig waren, die Erwerbslosenfürsorge genießen, wenn sie zu Arbeiten in der Landwirtschaft befähigt sind und Erlöse im Sinne des § 8 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 26. Januar 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 98), die zu einer Ablehnung der landwirtschaftlichen Beschäftigung berechtigen würden, nicht vorliegen.

5. Es ist darauf zu dringen, daß die Einstellung und Beschäftigung aller land- oder forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte bei Notstandsarbeiten unüberleibt. Reichs- oder staatliche Zuschüsse zu Notstandsarbeiten müssen gespart werden, wenn von den Unternehmern entgegen der bestehenden Vorschriften landwirtschaftliche Berufsarbeiter beschäftigt werden. Angesetzt wird noch, daß die Einstellung der Notstandsarbeiter nur durch Vermittlung der Arbeitsämter erfolgen darf.

6. Die Betriebsleitungen aller staatlichen, nicht land- oder forstwirtschaftlichen Betriebe, sowie die nicht land- oder forstwirtschaftlichen Betriebsleitungen der Gemeinden, Gemeindevorstände und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts haben die in ihren Betrieben beschäftigten, früher in der Land- oder Forstwirtschaft tätig gemessenen und noch zu land- oder forstwirtschaftlichen Arbeiten tauglichen Arbeiter zum nächst zulässigen Zeitpunkt zu entlassen.

7. Nachdem sich infolge des Rückgangs der Industrie die Frage der Versorgung beschäftigungsloser Industriearbeiter wieder verhäuft hat, muß mit allen Mitteln versucht werden, solche Industriearbeiter, die früher in der Landwirtschaft tätig waren, wieder der landwirtschaftlichen Beschäftigung zuzuführen. Die früher in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer werden deshalb dringend aufgefordert, zur landwirtschaftlichen Arbeit zurückzukehren. Hierbei werden dieselben darauf hingewiesen, daß ihnen für diesen Fall weitgehende Vergünstigungen eingeräumt werden, nämlich:

- a) auf Kosten der Erwerbslosenfürsorge freie Fahrt in dem Beschäftigungsort und angemessene Beihilfe zu den Reisekosten für sich und die in ihrem Haushalt lebenden, mitreisenden oder nachfolgenden Familienangehörigen, falls deren Unterkunft in dem neuen Beschäftigungsort gesichert ist;
- b) solange die Witaahme der Familienangehörigen in dem neuen Beschäftigungsort nicht anmöglich ist, auf die ganze Dauer der landwirtschaftlichen Beschäftigung aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge die Fortgewährung der Familienzuschläge im eineinhalbfachen Betrag;
- c) das Recht auf Selbstversorgerstation, solange sie in landwirtschaftlichen Selbstversorgerbetrieben beschäftigt werden.

Don 11. März 1921.

Der hohe Stand der Erwerbslosenziffer einerseits, der bereits bestehende und mit fortschreitender Jahreszeit wachsende Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften andererseits geben dem Arbeitsministerium Veranlassung, die der Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft dienenden, in der Bekanntmachung des Arbeitsministeriums vom 27. Juli 1920 (Staatsanz. Nr. 173) zusammengestellten Bestimmungen den beteiligten Kreisen und Behörden wiederholt in Erinnerung zu bringen. Vor allem ist es Aufgabe der Demobilisierungsausschüsse bzw. der nach der Verfügung des Arbeitsministeriums vom 10. 3. 1921 zum Vollzug der Reichsverordnung über die Beendigung der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 18. 2. 1921, R.-G. S. 1897 (St.-Anz. 58) an ihre Stelle tretenden Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter von den ihnen nach der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 25. April 1920, Reichs-Gesetzbl. S. 708 — zu vergl. insbesondere die §§ 5 und 14 — z. Bt. noch zuzuleben Befugnissen tunlichst Gebrauch zu machen und die Durchführung ihrer diesbezüglichen Anordnungen zu überwachen. Die Gemeinden (Fürsorgeausschüsse) werden auch auf die in § 5 Abs. 2 Satz 1 und § 8 Abs. 1 Satz 4 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge getroffenen Bestimmungen hingewiesen, durch deren möglichst restlose Anwendung sie nicht unerheblich dazu beitragen können, daß der Landwirtschaft Arbeitskräfte zugeführt werden unter gleichzeitiger Entlastung der Erwerbslosenfürsorge.

Schall.

Markigenehmigungsgesuch.

Die Stadtgemeinde Altensteig sucht für die weiteren zwei Jahre 1922 und 1923 um die Erlaubnis zur Abhaltung von je 4 Pferdewässern in Verbindung mit den Jahrmärkten nach und zwar: am Dienstag vor dem Palmsonntag, am Donnerstag nach dem Pfingstfest, am 2. Dienstag im September und am Dienstag vor dem 1. Adventssonntag.

Einwendungen gegen das Gesuch sind binnen 14 Tagen hier anzubringen.

Nagold, den 18. März 1921. Oberamt: Müns.

Die Maul- und Klauenseuche ist in Böfingen erneut ausgebrochen und zwar in dem Gehöft des Michael Koch, Ritters.

Sperrbezirk: die ganze Gemeinde Böfingen mit der Maßgabe, daß bis auf weiteres sämtliche Gehöfte völlig gesperrt bleiben.

Verbotungsgebiet: Böfingen und Spielberg.

Zu übrigen sind die gleichen Maßregeln wie beim ersten Seuchenausbruch angeordnet.

Nagold, den 18. März 1921. Oberamt: Müns.

Bekanntmachung.

Die Regierung des Schwarzwaldkreises hat am 15. März 1921 die Wobermohr des Schultheißen Adam Rath in Gengenhausen zum Ortsvorsteher der Gemeinde Gengenhausen bestatigt.

Nagold, den 17. März 1921. Oberamt: Müns.

Fritz Haig Altensteig

Empfehle meine vorzüglichen

Weiß- und Rotweine

offen und in Flaschen, feinere

Rhein-Weine

Oesterr. Süßweine

Ital. Wermuth-Wein

fst. alten Malaga

Frucht-Sekt

1/2 Flasche Mk. 40.—

Freisch eingetroffen:

ff. Calamata Eszkranzfeigen
la. vollsaftige Orangen
schöne Messina-Zitronen

Fritz Haig Altensteig

Altensteig-Stadt.

Reisig- u. Nutzholz-Verkauf.

Am Dienstag, den 22. ds. Mts., nachm. 4 Uhr kommen auf dem Rathaus zum Verkauf:

- 11 Lose Stängles Reisig aus Distr. VI. Priemen, Abt. 11,
 - 38 Lose desgl. aus Distr. VII. Hochdorf, Wald, Abt. 3,
 - 6 Lose Nf.-Reisig aus Distr. IV.
 - u. 5 Lose Stöcke im Boden, deselbst.
- Ferner: 10 Stück Pappelstammholz und etwas Reisig aus dem Mühlteich.

Städt. Forstverwaltung.

Güttlingen.

Eichenstammholz-Verkauf.

Am nächsten

Montag, den 21. März 1921

werden aus den Gemeindevaldungen verkauft:

300 Stück Älser-, Bau- und Wagner-Eichen und sonstiges Laubholz mit zusammen: 120 Fm., worunter 50 Stück über 30 cm Durchmesser.

Zu diesem Auffreiß wird eingeladen; Abgang am Rathaus nachmittags 12 1/2 Uhr.

Waldmeisteramt.

Forstamt Pfalzgrafenweiler.

Buchenstangen-Verkauf.

Bei dem am Mittwoch, den 23. März, vormittags 10 Uhr in Pfalzgrafenweiler im Schwanen stattfindenden Holzverkauf werden aus d. Schimpfbrunnen

Buchen Stangen 28 Ia
2 Ib und 2 Daghlangen
III. Klasse mitverkauft.

Altensteig.

Unter

Schweine-Schmalz

per Pfund Mk. 13,50

sowie

Runsthonig

empfeht

J. Wurster.

Forstamt Hoffstett.

Vermöge Entschlichung des Finanzministeriums ist den Holzäuern

Friedrich Gall in Agenbach,
Joh. Georg Seeger in Neuweiler,
Adam Hammann in Agenbach,

lehterem wiederholt, in Anerkennung ihrer langjährigen, treuen Dienstleistung in den Staatswaldungen je eine

Ehrenurkunde

nebst Geldbelohnung von 50 Mk. aus der Forstkasse verewiligt worden.

Bezirksarbeitsamt

(für die Oberamtsbezirke Calw und Nagold.)

Lederstraße 161.

Fernsprecher Nr. 109.

Offene Stellen

- | | |
|---|---|
| a) für männliche Personen | b) für weibliche Personen |
| 2 landwirtsch. Dienstkräfte, die mellen können. | mehrere Dienstmädchen für gut bürgerliche Haushaltungen |
| 1 Hausknecht, der auch Landwirtschaft versteht, 16—18 Jahre | 1 Zimmermädchen (Salonstelle) |
| 2 Pferdenechte 20—25 J. | |
| 1 Provisionsreisender (Bergwerksvertreter) | |
| 1 selbst. Möbelschreiner für bessere Arbeiten | |
| 1 Beschäftigter | |

Offene Stellen für (Eintritt aufs Frühjahr):

- 1 Bäckerlehrling
- 1 Bild- und Steinhauelehrling
- 2 Kammerlehrlinge
- 1 Malerlehrling
- 1 Satiler- und Tapezierlehrling
- 1 Schmiedlehrling.

Meldungen werden auch von unterer Nebenstelle Nagold, Herrenbergerstraße 19, Fernruf Nr. 80, entgegen genommen.

Calw, den 17. März 1921. Verwalter Proh.

Alle

Schulbücher

u. Schulartikel

kauft man solid und preiswert in der

W. Nieker'schen Buchhlg., Altensteig.

Inserate haben in unserer Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ besten Erfolg.

Leine-Kragen	Reinhold Hayer Altensteig	Corsetten	
Sport-Kragen		Strumpfhalter	
Schiller-Kragen		Damenhemden und -Hosen	
Vorhemden		Untertaillen	
Manchetten		Unterröcke	
Einsatzhemden		Schürzen	
Hosenträger		Strümpfe	
Sockenhalter		Handschuhe	
Socken		Gürtel	
Sportstutzen		Stoff- u. Ledertaschen	
Wickelgamaschen		Kragen f. Kleider, Blusen etc.	
Kragen- u. Cravatten-Kasten		Bleyle's Knaben-Anzüge o. Sweater-Anzüge	Stiekrabmen - Schatullen
Einstecktücher		Schirme o. Taschentücher	Bänder

Zu billigsten Preisen empfehle ich
 Schürzen, Handschuhe, Caschentücher,
 Hemden, Cravatten, Hosenträger
Chr. Krauß.

Altensteig.
Kleefamen Württ.
Luzerne Provencer
Timothègras
Grasmischung
 alles selbstgeerntet, prima kernfähige Ware
 empfiehlt
J. Wurster.

Beste Qualität Webgarn
 in 6 u. 8 er, empfiehlt billigst
C. F. Heintel
 Telefon No. 14
 Pfalzgrafenweiler.

Anfertigung von Entwürfen
Skizzen und Details
 von Schlaf-, Speise- und Herren-Zimmern,
 sowie Küchen von einfacher bis reichster Art,
 ferner
 erstkl. künstl. Lichtpaus-Vervielfältigungen
 übernimmt bei billigster Berechnung
WILLY SCHMID, Innen-Architekt
 Pforzheim, Zehnthofstr. 1.

Schwarzwald-Drogerie Altensteig
 empfiehlt zur Bereitung von
 gutem Sauerteig
Mofstsubstanzen
 nur gute Marken (Kosch unverseuert)
 Vom 1. April an 20 Pf.
 Steuerzuschlag p. o. Flasche.

Altensteig.
 Empfehle ab hier
La Laplata-Mais p. 31r. Mk. 185.-
" Maismehl " " " 195.-
Bohnenmehl und Melasse
 ferner
Vollwertige Zuckerschnitzel
Gelbrübenschnitzel
holländische Erdnußklee
 Bringe mein reichhaltiges

Weinlager
 in nur guten Qualitäten
 in empfehlende
 Erinnerung
M. Schnierle.

Altensteig.
Garten- und Feldgeräte
Drahtgeflecht
Verzkt. Draht
Drahtspanner
Drahtstifte
Beschläge aller Art
 für
Gartentüren, Ställe
 etc.
 empfiehlt
Karl Henßler sen., Eisenwaren.

Vierzigtausend Meter Stoffe!
 werden direkt an Private wie folgt versandt:
 Hemdenflanelle gute Qualität p. Mtr. M. 9.80
 ungedrehtes Baumwolltuch fast unverwundlich p. Mtr. M. 11.80
 Bettzeuge rot kariert aus prima Garnen p. Mtr. M. 13.70
 1 Posten Herrenhemden aus gutem Flanell p. St. M. 29.-
 Nichtgefallendes nehme gerne zurück, daher keine Rücksendung
 Versandgeschäft **Jos. Witt, Weiden 305, Oberpfalz.**

Altensteig.
Bruchbänder! Bruchbänder!
 mit und ohne Feder hält stets vorrätig
Chr. Schmid, Hut- und Mützengeschäft.
 Leibbinden, Gerabehalter
 werden sofort geliefert der Obige.

Fritz Haig
Altensteig
 Bringe meinen la.
Friedrichsdorfer
Zwieback
 sowie mein seit Jahren
 bekanntes, vorzügliches
Kinder-
Zwiebackmehl
 in bester Füllungsqualität
 in empfehlende
 Erinnerung
Fritz Haig
Altensteig

Suche für baldigen Eintritt
 fleißiges, ordentliches
Mädchen
 nicht unter 20 Jahren, das
 schon in besserem Hause ge-
 dient hat.
Franz Forstmeister Diem
Zumweiser.
 Jüngerer, ehrliches
Mädchen
 zu kleiner Familie zum baldigen
 Eintritt gesucht.
Frau H. Heck
Pforzheim
 Blumenstr. 3.

Altensteig.
Günstige
Kaufgelegenheit!
Enorme
Preisermäßigung!
Vorhangstoffe
 schmal und breit
 von M. 8.- an
 farb. Vorhangstoffe
 das Mtr. M. 3.-
 Sofa-Überzug-Stoffe
 prächtige Muster
 Kleiderzeuge, doppelbreit
 von M. 16.- an
 farbige u. weiße Betttücher
 von M. 55.- an d. Stück
Chr. Schwarz
Kagold
 Bahnhofstraße.

Altensteig
Brautkränze
Brautschleier
Hochzeitssträußle
 stets in schöner Auswahl
Hans Schmidt.
Verloren
 ging eine Kgt auf dem
 Weg von Altensteig, Dorf nach
 Altensteig.
 Der Finder wird gebeten,
 dieselbe abzugeben bei
F. v. Dr. Kern,
 Altensteig-Dorf.
 Altensteig.
 Circa 40 Zentner
Heu
 hat zu verkaufen
Jakob Weller.
 Zinsbach.
 Ein stärkeres
Läufer Schwein
 verkauft
 Sägerm. Klumpf.
 Altensteig.
Violin-Saiten
 sowie
Mandolin-Saiten
 sind in la. Qualität zu haben
 in der
W. Nieker'schen Buchh.

Alle Bücher
 Zeitschriften
 Modeblätter und
 Musikalien
 sind zu Originalpreisen
 zu beziehen durch die
W. Nieker'sche Buchhandlung.

Eine bereits noch neue
Zinkbadewanne
 hat zu verkaufen.
 W. r. ? — sagt die Ge-
 schäftsstelle ds. Bl.

Richtliche Nachrichten.
Palmsontag, den 20. März.
 Coang. Gottesdienst in der
 Kirche um 1/10 Uhr. Sten-
 der: 194, 189. Dann
 Kindergottesdienst. Um
 1/9 Uhr Christenlehre:
 Löhler.
Gemeinsch. Jugendheim.
Sonntag, 20. März, abends
8 Uhr Versammlung.
Rathol. Gottesdienst
Montag, 21. März, 1/10 Uhr.

Altensteig.
Gummi-Bälle
 und
Tennis-Bälle
 in verschiedenen Farben und
 Größen empfiehlt zu billigsten
 Preisen.
Chr. Burghard jr.

